Für Kinder mit Behinderung „braucht es Recht auf Assistenz“

Der Verein Integration bezeichnet die Inklusions-Situation in Tirol als „Katastrophe“. Kritisiert wird, dass weiter in den Ausbau von Sonderschulheimen investiert wird.

Von Brigitte Warenski

Kinder mit Behinderung werden in Tirol im Alltag immer noch „sehr diskriminiert und von der Gesellschaft als bemitleidenswerte Opfer statt selbstbestimmte Menschen gesehen“, sagt Flieger. Foto: iStock

Innsbruck – „Der Staat Österreich muss insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen noch vieles verbessern, um ihre Rechte laut UN-Kinderrechtskonvention zu wahren. Allen voran steht das Recht auf inklusive Bildung vom Kindergarten an“, so Herbert Pichler, Präsident des Österreichischen Behindertenrates, anlässlich der Überprüfung der UN-Kinderrechtskonvention durch den UN-Kinderrechtsausschuss im Jänner 2020.

Besonders schlecht sieht es beim Thema Inklusion in Tirol aus, wie der Bundesrechnungshof auch in seinem Bericht festgestellt hat. Österreichweit sind 63,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in den Regelschulbetrieb integriert. In Tirol sind es nur 54,9 Prozent, und das, obwohl Tirol als gesamtes Bundesland „Inklusions“-Modellregion ist, wie die Zahlen der Statistik Austria für das Schuljahr 2018/19 zeigen.

Für Petra Flieger vom Verein Integration Tirol ist die Inklusions-Situation „eine Katastrophe. Wir bauen weiter die Sonderschulheime aus, und das, obwohl der Bundesrechnungshof in seinem Bericht sagt, dass das System der Doppelgleisigkeit in Tirol wesentlich teurer ist als das Inklusionssystem.“ Für Flieger geht es nicht an, dass Kinder mit Behinderung „bereits im Volksschulalter in Sonderschulinternate gesteckt werden, wo sie von Familie, Freunden und Nachbarn getrennt sind. So was würde man einem Regelschulkind in der Volksschule nie antun, im Gegenteil, da schaut man drauf, dass das Kind im eigenen Dorf zur Schule geht.“ Statt Geld in Sonderschulen zu stecken, müsste man in Tirol endlich in eine „bedarfsgerechte Familienunterstützung investieren. Jedes Kind sollte bereits ab der Volksschule einen Rechtsanspruch auf einen persönlichen Assistenten haben, wie es Schweden beispielhaft vorlebt. Dieses Recht gibt es aber bei uns – in ganz Österreich – nicht.“ Auch Wolfgang Begus vom Verein Integration Tirol betont, „dass ein sinnvolles Unterstützungskonzept fehlt, damit wirklich jedes Kind seine inklusive Wohnortschule besuchen kann und dort die beste Bildung erhält. Viele Entscheidungsträger und Politiker verwechseln sehr gern ‚Inklusion‘ mit ‚Integration‘.“ Sonderschulen finanziell zu bevorzugen und gleichzeitig von Inklusion zu reden, gehe „an den Kinderrechten vorbei“.

> *Kinder mit Behinderung werden in Sonderschulheime gesteckt, wo sie getrennt von Familie und Freunden sind.“*
>
> Petra Flieger (Integration Tirol) Foto: Rachlé

Scharf kritisiert Begus, dass „oft Kinder mit auffälligen Behinderungen nur mit Ritalin-Medikation an ihren Wohnortschulen aufgenommen werden, wie uns Eltern immer wieder erzählen“. Kaum Chance auf einen Platz im Gymnasium haben auch Autismus-Kinder, die hochbegabt sind, aber verhaltensauffällig sein können. „Sie sind meist in der Pflegestufe 1/2 und eine Schulassistenz gibt es erst ab Pflegestufe 5. Daher sagen die Schulen Nein“, erzählt Begus.

Leider noch immer aktuell ist das Thema Diskriminierung, wie die Jugendgruppe des Tiroler Monitoringausschusses feststellen musste. „Behinderte Kinder und Jugendliche werden im Alltag sehr diskriminiert. Sie werden angeglotzt und erzählen, dass sie daher nicht mehr mit dem Bus fahren oder in die Öffentlichkeit gehen wollen“, weiß Flieger.

„Ganz viele, ganz heftige Geschichten“ gebe es zudem in den Schulen. „Hier werden behinderte Kinder und Jugendliche von ihren Mitschülern gemobbt und die Lehrer bekommen es nicht mit oder schauen nicht hin“, so Flieger. Grund dafür, dass Behinderte leicht zu Opfern werden, sieht Flieger vor allem im Bild, das die Gesellschaft von den Menschen mit Behinderung zeichnet. „Sie werden als bemitleidenswerte Objekte der Wohltätigkeit dargestellt, für die man Spendenaktionen starten muss, anstatt sie als aktive und selbstbestimmte Menschen zu sehen“, kritisiert Flieger.

> *Kinder mit auffälligen Behinderungen werden oft nur mit Ritalin-Medikation an ihren Wohnortschulen aufgenommen.“*
>
> Wolfgang Begus (Integration Tirol)